

Schüler Union will Polizei an deutschen Schulen



Angesichts der zunehmenden Gewalt auf deutschen Schulhöfen hat die Schüler-Union (SU), die zur Jungen Union, der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU gehört und mit mehr als 10.000 Mitgliedern Deutschlands größte Schülerorganisation ist, einen Maßnahmenkatalog entwickelt. Demnach soll es Videoüberwachung und Polizeipatrouillen auf Pausenhöfen geben.

[BILD](#) berichtet:

Beschlossen werden sollen die Forderungen an diesem Wochenende in Erfurt. SU-Bundesvorsitzender Younes Ouaquasse zu BILD.de: „Viele Schulen sind inzwischen gefährliche Orte. Und es wird eher schlimmer, insbesondere in großen Schulzentren.“ Immer mehr Schüler hätten deshalb Angst, zur Schule zu gehen. Dies dürfe so nicht bleiben.

Die SU verlangt in dem Antragspapier unter anderem:

- Die Polizei solle Präsenz in Schulen und auf Schulhöfen zeigen, um die Kriminalitätsrate drastisch zu senken. „Daher sind unangemeldete Patrouillegänge von Polizeibeamten auf Schulhöfen sinnvoll“, so Ouaquasse.*
- Präventive Besuche in Gefängnissen, Justizvollzugsanstalten oder Jugendgerichten sollen Jugendliche vor Gewalttaten abschrecken: „Mit der intensiven Beschäftigung mit*

potentiellen Strafen sinkt die Bereitschaft, selbst als Täter aktiv zu werden.“

Auch für Video-Überwachung auf Schulhöfen will sich die SU stark machen, um dort Gewalt, Diebstahl und Vandalismus vorzubeugen. Vor allem nachmittags, wenn kein Schulpersonal mehr Aufsicht führe, könnten Videokameras für Sicherheit an den Schulen sorgen, heißt es in dem Antrag.

Geworben wird auch für automatische Zugangssysteme mit auf Chipkarten gestützten Schülerschleusen. Damit könne vor allem in sozialen Brennpunkten mit hoher Kriminalitätsrate dafür gesorgt werden, dass nur berechtigte Personen Zugang zur Schule hätten.

Es müsse außerdem möglich sein, auch „privates professionelles Wachpersonal vor den Schultoren und auf den Schulhöfen einzusetzen“.

Die Maßnahmen wären ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings weiß die Schüler-Union wohl selbst am besten, dass ihre Mutterpartei das niemals umsetzen wird. Abgesehen davon, dass die Polizei dafür kein Personal hat – private Sicherheitsdienste wären eher realistisch.